

Einkreisungsphobien, Verschwörungstheorien: Wiederkehr eines alten Syndroms in Rußland?

Alexandrova, Olga

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Alexandrova, O. (1995). *Einkreisungsphobien, Verschwörungstheorien: Wiederkehr eines alten Syndroms in Rußland?* (Aktuelle Analysen / BIOst, 17/1995). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-45405>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Einkreisungsphobien, Verschwörungstheorien: Wiederkehr eines alten Syndroms in Rußland?

Zusammenfassung

Rußland ist auf dem Wege, ein autoritäres Präsidialregime aufzubauen. Als Legitimation eines solchen Regimes wird u.a. die Notwendigkeit hervorgehoben, Law and Order im Inneren herzustellen und die Sicherheit des Landes gegen äußere Bedrohung zu gewährleisten. Zu den wichtigsten Instrumenten eines starken Regimes gehören gut ausgebaute Machtstrukturen. Die jüngsten Entwicklungen in Rußland weisen einerseits auf eine zunehmende antiwestliche Rhetorik und antiwestliche Haltung der russischen Führung hin, andererseits auf die wachsende Rolle verschiedener Sicherheits- und Geheimdienste. Die gegenwärtige tiefe Krise staatlicher Strukturen in Rußland - als direkte Folge des brutalen Kriegs in Tschetschenien - ist ein Nährboden für verschiedene Verschwörungs- und Subversionstheorien. Seit dem Herbst 1994 zeichnet sich eine aus der Sowjetzeit bekannte Entwicklung ab, d.h. die russische Führung - zumindest einige ihrer Vertreter - ist selbst bereit, sich der Verschwörungstheorien zu bedienen, um ihre Macht zu konsolidieren. Es mehren sich die Anzeichen einer von offiziellen Stellen lancierten Kampagne. Zum Gegenstand erhöhten Interesses und zur Zielscheibe der Sicherheitsdienste wird das in Rußland präsente westliche Kapital. Als roter Faden zieht der Begriff "wirtschaftliche Sicherheit" durch sicherheitspolitisch relevante Diskussionen. Die Veränderungen im innenpolitischen Leben Rußlands gehen mit der sich ändernden Haltung der russischen Führung gegenüber der Außenwelt, in erster Linie gegenüber dem Westen, einher. Diese neue Haltung ist von zunehmenden antiwestlichen Ressentiments gekennzeichnet und könnte zu einer neuen Selbstisolierung Rußlands führen.

In Rußland entsteht ein autoritäres Präsidialregime.¹ Zu ihrer ideologischen Untermauerung greifen solche

¹ Vgl. dazu: Heinz Timmermann, Rußland auf dem Weg zum präsidialen Autoritarismus, Aktuelle Analysen, BIOst, Nr. 10/1995.

Regimes in der Regel auf Werte wie Ordnung, Patriotismus und Nationalismus zurück. Zu den Legitimationsargumenten der Protagonisten eines starken Regimes - traditionell insbesondere in Rußland bzw. in der Sowjetunion - gehören Begründungen wie die Notwendigkeit, innenpolitisch *Law and Order* herzustellen sowie die äußere Sicherheit des Landes zu festigen. Zu den wichtigsten Instrumenten einer derartigen Politik und zu den besonders ausgeprägten Attributen eines starken oder autoritären Regimes gehören gut ausgebaute Machtstrukturen, darunter auch ein starker Sicherheitsdienst. Die Sicherheitsdienste ihrerseits brauchen zu ihrer eigenen Legitimation ständige Beweise für die Existenz unterschiedlicher Bedrohungen von innen und von außen, Feindbilder, nach Möglichkeit die Abschirmung der Gesellschaft von der Außenwelt. Wo solche Beweise fehlen, müssen sie geschaffen werden. Die jüngsten Entwicklungen in Rußland deuten einerseits auf zunehmende antiwestliche Rhetorik und antiwestliche Haltung der russischen Führung hin, andererseits auf die wachsende Rolle verschiedener Sicherheits- und Geheimdienste.

Verschwörungstheorien

Der Glaube an Verschwörung, an Sabotage, an Subversion als die Ursache allen Unheils hat in Rußland eine lange Tradition. Verschwörungstheorien hatten dort immer Konjunktur, in Zeiten des Umbruchs, der Verunsicherung erleben sie eine Hochkonjunktur. Auch das Bild vom Westen als dem eigentlichen Drahtzieher der Verschwörungen wurde seit der Oktoberrevolution zuerst in Sowjetrußland und dann in der Sowjetunion stets gepflegt und zu Zwecken der Machtkonsolidierung instrumentalisiert. Der Verzicht auf dieses Feindbild war sicher eine der größten Errungenschaften der Perestroika, der Glasnost und des "neuen politischen Denkens". Seit Ende der 80er Jahre, den letzten Jahren der Regierung Gorbatschow, wurde die Kultivierung der These von der westlichen Verschwörung fast ausschließlich zur Domäne der kommunistischen und großrussisch-nationalistischen Opposition. Die gegenwärtige tiefe Krise staatlicher Strukturen in Rußland - als direkte Folge des brutalen Kriegs in Tschetschenien - ist jetzt Nährboden für das Wiederaufblühen derartiger Vorstellungen. Allerdings weist die jüngste Entwicklung zwei wesentliche Merkmale auf, die besondere Aufmerksamkeit verlangen. Zum ersten zeichnet sich seit dem Herbst 1994 ein neues, aber alt bekanntes Phänomen ab: Die russische Führung selbst - wenigstens einige ihrer Vertreter - ist bereit, sich der Verschwörungstheorien zu bedienen, um ihre Macht zu konsolidieren. Zum zweiten mehrten sich Anzeichen einer von offiziellen Stellen lancierten Verleumdungskampagne in einem solchen Maß, daß sich dahinter eine konzertierte Aktion vermuten läßt.

Die Bereitschaft, auf unangenehme Tatsachen mit Verschwörungsverdächtigungen zu reagieren, wurde erstmals im Sommer 1994 im Zusammenhang mit dem Skandal um Plutoniumsmuggel evident. Nachdem die ersten Fälle des Plutoniumsmuggels publik geworden waren, äußerten einige russische Regierungsvertreter in alter KGB-Manier die Vermutung, hinter den Anschuldigungen stecke eine westliche Verschwörung mit dem Ziel, Rußland seines Atomprogramms zu berauben. Der Pressechef des russischen Atomministeriums deutete z.B. an, daß Deutschland die Gerüchte über den Plutoniumsmuggel angefacht habe, um russische Nuklearobjekte unter seine Kontrolle zu stellen.¹ Ein Mitarbeiter Baturins, des Beraters Jelzins für nationale Sicherheit, warf den westlichen Geheimdiensten und Massenmedien vor, sie bereiteten mit derartigen "Aktionen" den Weg dafür, daß ausländische Staaten Zugang zur Kontrolle über die Produktion von Nuklearmaterial in Rußland bekämen.² Die russische Nachrichtenagentur ITAR-TASS zitierte offizielle Stellungnahmen, wonach Mitteilungen in der westlichen Presse nur ein Glied in einer gegen Rußland geführten Propagandakampagne seien.³ Der russische Vize Atom-Minister Jewgenij Mikerin nannte die Entdeckung nuklearen Materials "russischer Herkunft" in Deutschland eine "Provokation reinsten Wassers": "Der Westen will die Welt überzeugen, daß Kontrolle über die Unternehmen des Atomministeriums not tut."⁴

Der nächste Versuch, Saboteure und Verschwörer als Urheber des Geschehenen zu suchen, wurde nach dem dramatischen Sturz des Rubel am 11. Oktober 1994 unternommen. In seiner ersten Reaktion auf den Börsenkrach sagte Jelzin, dies sei "eine Gefahr für die nationale Sicherheit" und "Ergebnis von Sabotage".⁵

¹ Vladimir Lapskij, Nemcy ubeždeny, èto uran i plutonij im šljut iz Rossii, in: Izvestija, 16.8.1994.

² FAZ, 17.8.1994.

³ FAZ, 17.8.1994.

⁴ Vgl. Kirill Beljaninov, "Èto russkomy zdorovo, to nemcu - smert", in: Literaturnaja gazeta, Nr. 33, 17.8.1994, S. 9.

⁵ FAZ, 13.10.1994.

Der Pressesprecher Jelzins, Wjatscheslaw Kostikow, sprach von einem "Finanzputsch" mit dem "strategischen Ziel, den Präsidenten zu stürzen".¹ Später wurde zwar die "Sabotage"-Hypothese fallengelassen, bezeichnend ist jedoch die erste, beinahe reflexhafte Reaktion, nämlich die Vermutung einer subversiven Aktion.

Die massive Kritik am Krieg in Tschetschenien in Rußland selbst und die - allerdings zurückhaltendere - Kritik des Westens waren für die Regierungszeitung "Rossijskaja gaseta" Anlaß, das Zustandekommen einer "gut abgestimmten" "vereinten Front" der russischen Demokraten und des Westens unter der Regie "kommerzieller Strukturen" gegen Jelzin zu vermuten. Dieses Komplott werde mit Beihilfe des Westens verwirklicht.²

"Diversionen" und "Intervention des westlichen Kapitals"

Mit den Verschwörungstheorien kehrt auch die Spionomanie zurück. Jüngstes anschauliches Beispiel ist die Attacke des russischen Abwehrdienstes (FSK) gegen westliche Stiftungen, wissenschaftliche Zentren und Wissenschaftler, die wissenschaftliche Institute und Wissenschaftler in Rußland finanziell unterstützen. Am 10. Januar 1995 veröffentlichte die Moskauer Zeitung "Nesawisimaja gaseta" Auszüge aus einem Dokument des russischen Abwehrdienstes, in dem westliche, vor allem amerikanische, Organisationen der durch die CIA finanzierten diversiven Tätigkeit beschuldigt werden.³ Ziel dieser Tätigkeit sei es, die technologische Rückständigkeit Rußlands zu gewährleisten. Die diversive Aktivität der US-Geheimdienste nehme auf dem Territorium der Russischen Föderation einen totalen Charakter an. Die USA bezögen strategische Positionen in Rußland und übten entscheidenden Einfluß auf politische und wirtschaftliche Prozesse in Rußland aus. Um diesen Aktivitäten entgegenzuwirken, rät der FSK, neben den üblichen abwehrdienstlichen Maßnahmen die Kontakte russischer Wissenschaftler zu Ausländern einzuschränken und sie zu überwachen.

Zum Gegenstand erhöhten Interesses und zur Zielscheibe der Sicherheitsdienste wird auch das in Rußland in bescheidenem Maße präsenste westliche Kapital. Der (inzwischen von Jelzin versetzte) für die Privatisierung zuständige Vorsitzende des "Goskomimuschtschestwo" und stellvertretende Ministerpräsident Polewanow, legte im Januar 1995 Ministerpräsidenten Tschernomyrdin eine Analyse der ersten Etappe der Privatisierung vor. Dieser Analyse lagen nicht etwa Gutachten von Wirtschaftsexperten, sondern Informationen der Generalstaatsanwaltschaft, des FSK (Abwehrdienst) und des Staatlichen Komitees für Rüstungsindustrie (militärisch-industrieller Komplex) zugrunde. Das Leitmotiv der Analyse bestand vor allem in der Schilderung der angeblichen subversiven Tätigkeit westlicher Investoren gegen die russische Wirtschaft. Die Analyse kommt zur Schlußfolgerung, daß eine "verdeckte Intervention des ausländischen Kapitals" stattfindet mit dem Ziel, "die Verteidigungsfähigkeit und die Wirtschaft des Landes zu unterhöhlen, um die durch den Westen verfolgte Strategie 'garantierter technologischer Rückständigkeit Rußlands' zu gewährleisten." 500 große privatisierte Betriebe Rußlands seien bereits in den Händen ausländischer Firmen.⁴ Die Definition der westlichen Strategie als "auf die Gewährleistung der technologischen Rückständigkeit Rußlands" gerichtet, wird in vielen analytischen Dokumenten als neue Sprachregelung wiederholt.

Eine "ausländische Intervention" in die Rohstoffzweige der russischen Wirtschaft, die zur "verstärkten Abhängigkeit vom ausländischen Kapital" führe, konstatierte der Chef des Sicherheitsdienstes des Präsidenten, General Korshakow, in seinem Brief an Ministerpräsident Tschernomyrdin.⁵ Auch die russische Zentralbank schloß sich der Kampagne gegen das ausländische Kapital an. Der Chef der Sicherheitsabteilung der Zentralbank beschuldigte amerikanische Investitionsbanken der Verschwörung mit dem Ziel, "strategische Kontrolle" über die Umverteilung des Eigentums und über das russische Finanzsystem zu übernehmen.⁶

¹ Nezavisimaja gazeta, 14.10.1994.

² Vladimir Kuzneëvskij, Krizis raskolol moskovskij isteblišment, in: Rossijskaja gazeta, 11.1.1995.

³ FSK obespoena aktivnost'ju amerikanskich issledovatelej v Rossii. Iz doklada Federal'noj služby kontrrazvedki, in: Nezavisimaja gazeta, 10.1.1995.

⁴ Stas Stremidlowskij, Glava Goskomimušestva razoblaëet proiski vragov, in: Komsomol'skaja pravda, 25.01.1995, S. 1-2.

⁵ Irina Savvateeva, Kto upravljaet stranoj - El'cin, Ėrnomyrdin ili general Koržakov?, in: Izvestija, 22.12.1994.

⁶ Chrystia Freeland, Moscow suspicion grows, in: Financial times, 19.1.1995.

Sicherheitsstrukturen treten in den Vordergrund

Zu den größten Verdiensten Jelzins nach dem Putsch vom August 1991 gehörte ohne Zweifel neben der Zerschlagung der KPdSU die Auflösung des omnipräsenten und omnipotenten Geheimdienstes KGB. An seiner Stelle wurden zwei getrennte Dienste - das Sicherheitsministerium und der Auslandsaufklärungsdienst (Sluzba vnesnej razvedki, SVR) - geschaffen. Eine Zeit lang bemühten sich die Geheimdienste mindestens in der Öffentlichkeit um eine Haltung des *low-profile*. Seit dem Herbst 1993 jedoch, nach den Ereignissen vom Oktober 1993, treten sie wieder zunehmend in Erscheinung. Im Dezember 1993, nachdem die neue Verfassung der Russischen Föderation angenommen worden war, löste Jelzin das Sicherheitsministerium auf und schuf an seiner Stelle den Föderalen Spionageabwehrdienst (Federal'naja Sluzba Kontrrazvedki, FSK), der direkt dem Präsidenten untergeordnet und damit der parlamentarischen Kontrolle entzogen wurde. Auch andere Sicherheitsdienste sind der Präsidentschaftsadministration ohne jegliche Kontrolle von seiten der Legislative unterstellt.¹ Dazu kommt, daß neue obskure Sicherheitsdienste entstehen, und die bereits existierenden ihre Kompetenzen eigenmächtig ausweiten. So verfügt der Sicherheitsdienst der Präsidenten (die Leibwache) über sein eigenes, einflußreiches analytisches Zentrum, das viele Politiker mit Informationen versorgt.² Im November 1994 erweiterte Präsident Jelzin per Dekret den Abwehrrdienst. Der Erlass räumt dem FSK weitreichende Befugnisse ein, u.a. Verhinderung von Umstürzen, großangelegte Ermittlungen auf den Gebieten Hochverrat, Spionage, Terrorismus usw.³ Die Idee, den Sicherheitsdiensten eine größere Rolle einzuräumen, findet bei vielen russischen Politikern Anklang. Der Vorsitzende der Staatsduma, Iwan Rybkin, ist der Meinung, daß die Stärkung der "Sonderdienste" der einzige Weg sei, den Zerfall der Russischen Föderation zu verhindern.⁴

Im Zusammenhang mit der wachsenden Rolle der Sicherheitsstrukturen muß auch die Stellung des Sicherheitsrates erwähnt werden. Spätestens mit dem Ausbruch des Krieges in Tschetschenien wurde offensichtlich, daß der Sicherheitsrat die wichtigsten Entscheidungskompetenzen an sich gezogen oder genauer gesagt die Macht usurpiert hat. Der Sicherheitsrat darf keine verpflichtenden Entscheidungen treffen, da er gemäß Artikel 11 der Verfassung der Russischen Föderation nicht als Organ der Staatsmacht genannt wird.⁵ Als Entscheidungsorgan ist der Sicherheitsrat verfassungswidrig. Das Präsidialdekret vom 3. Juni 1992 definierte den Sicherheitsrat als ein reines Konsultativorgan. Die Verfassung der Russischen Föderation besagt, daß der Status des Sicherheitsrates durch ein Föderalgesetz bestimmt werden muß. Ein entsprechendes Gesetz gibt es jedoch immer noch nicht. Gegenwärtig hat der Sicherheitsrat 14 Mitglieder. Der Präsident (Jelzin), der Ministerpräsident (Tschernomyrdin), der Sekretär des Sicherheitsrates (Lobow), der Vorsitzende des Föderationsrates (Schumejko) sowie der Vorsitzende der Staatsduma (Rybkin) gehören dem Sicherheitsrat *ex officio* als ständige Mitglieder an, wobei Schumejko und Rybkin erst vor kurzem auf ihr Gesuch hin⁶ zu ständigen Mitgliedern ernannt wurden, was die Grenzlinie zwischen Legislative und Exekutive verwischt. Alle anderen Mitglieder, einschließlich des Verteidigungs- (Gratschow), Innen- (Jerin) und Außenministers (Kosyrew), sowie der Chefs des Abwehr- und Aufklärungsdienstes (Stepaschin und Primakow), werden vom Präsidenten nach dessen Entscheidung in den Sicherheitsrat berufen.

Der Sicherheitsrat beabsichtigt offensichtlich, seinen politischen Einfluß auch auf die Wirtschaft auszuweiten. Erste Anzeichen dafür wurden nach dem Rubelsturz am 11. Oktober 1994 sichtbar, als sich der Sicherheitsrat mit diesem Problem beschäftigte. Es wurde eine Kommission unter der Leitung des Sekretärs des Sicherheitsrates, Oleg Lobow, und des Chefs des FSK, Stepaschin, zur Untersuchung der Hintergründe der finanziellen Destabilisierung gebildet. Das nächste Anzeichen kam mit der Berufung des Finanzministers Wladimir Pankow im Januar 1995. Schließlich soll der Sicherheitsrat ein umfassendes Konzept zur Sicherheitslage in der Wirtschaft in einem Dokument unter dem Titel "Haupttrichtlinien der staatlichen Strategie zur Wahrung der wirtschaftlichen Sicherheit" vorgelegt haben.⁷ Der Begriff "wirtschaftliche

¹ Ausführlich dazu vgl. Victor Yasmann, Security Services Reorganized: All Power to the Russian President?, in: RFE/RL Research Report, vol. 3, Nr. 6, 11.2.1994, S. 7-14. Der Verfasser zählt 16 verschiedene entweder reine Sicherheitsdienste oder Dienste auf, die über gewisse Befugnisse im Sicherheitsbereich verfügen, a.a.O., S. 11.

² Vgl. z.B. Tenevye sovetniki Kremlja usilivajut svoe vlijanie, in: Izvestija, 24.1.1995.

³ FAZ, 25.11.1994.

⁴ Zit. nach: Richard Beeston, Grozny team condemns rights abuses, in: The Times, 31.1.1995.

⁵ Vgl. dazu z.B. die Erklärungen des früheren russischen Justizministers, Jurij Kalmykow, der nach dem Einmarsch in Tschetschenien zurücktrat, in: Sovet Bezopasnosti - Politburo nasich dnei, in: Komsomol'skaja pravda, 26.1.1995.

⁶ Vgl. Natal'ja Paëgina, Maksim Isaev, Ogon' prekrašëen, no s kakoj cel'ju?, in: Nezavisimaja gazeta, 11.01.1995.

⁷ Süddeutsche Zeitung, 19.1.1995.

Sicherheit" zieht sich wie ein roter Faden durch sicherheitspolitisch relevante Diskussionen in Rußland.⁸ Er reflektiert ohne Zweifel das wachsende Gefühl der Verwundbarkeit gegenüber der Außenwelt. Es wird vor allem auf folgende äußere Bedrohungen der wirtschaftlichen Sicherheit hingewiesen: lavinenartige Zunahme der Abhängigkeit von Importen; übermäßige Offenheit der Wirtschaft; Rußland als Netto-Exporteur von Rohstoffen; die Schwächung russischer Positionen auf den Märkten der GUS-Staaten.² Im Konzept des Sicherheitsrates wird als Ziel der Sicherheitspolitik im wirtschaftlichen Bereich gefordert, daß Rußland die Möglichkeit haben müsse, auf [wirtschaftliche] Prozesse weltweit einzuwirken; es solle keine fremden Entscheidungen zulassen, die den Interessen Rußlands widersprüchen, und innere Probleme selbständig und ungeachtet der Meinung anderer ausländischer Mächte lösen.³

Einkreisung oder Selbstisolierung?

Die Veränderungen im innenpolitischen Leben Rußlands und die wachsende Rolle der Sicherheitsdienste gehen mit der sich ändernden Haltung der russischen Führung gegenüber der Außenwelt, in erster Linie gegenüber dem Westen, einher. Diese neue Haltung ist vor allem von zunehmenden antiwestlichen Ressentiments gekennzeichnet und könnte zu einer neuen Selbstisolierung Rußlands führen.

Zu den obsessiven Ideen sowohl im vorrevolutionären Rußland als auch in der Sowjetzeit gehörten die Befürchtungen einer "Einkreisung" Rußlands bzw. der Sowjetunion durch feindliche ausländische Mächte (Stalins Parole von der "imperialistischen Umgebung"). Das "neue politische Denken" Gorbatschows mit seiner Betonung der globalen Interdependenz anstelle der Konfrontation versuchte, diese Obsession zu überwinden und die Sowjetunion aus der selbstaufgelegten Isolation herauszuführen. Die Außenpolitik der russischen Führung war nach dem Zerfall der Sowjetunion auf eine enge Zusammenarbeit und Partnerschaft mit dem Westen ausgerichtet. Isolationistische Ansätze - dem Westen gegenüber - gehörten vor allem zum ideologischen Instrumentarium der "unversöhnlichen" Opposition. Seit Mitte 1993, insbesondere unter dem Eindruck des Erfolges der kommunistischen und nationalistischen Opposition bei den Parlamentswahlen vom Dezember 1993, wurde die russische Außenpolitik gegenüber dem "nahen Ausland" immer machtbewußter und gegenüber dem Westen immer weniger konzilient.

Zwei Probleme beherrschen die gegenwärtige außenpolitische Diskussion in Rußland: der Charakter der Beziehungen zu den anderen Nachfolgestaaten der früheren Sowjetunion (das "nahe Ausland") sowie die Rolle und Stellung Rußlands in der künftigen Sicherheitsstruktur in Europa vor dem Hintergrund der anvisierten Osterweiterung der NATO. Es ist kein Zufall, daß der russische Auslandsaufklärungsdienst (SVR) zu beiden Problemen mit jeweils einem Papier öffentlich Stellung nahm.⁴

Die beiden Analysen gehen davon aus, daß die klare Zielsetzung der westlichen Politik darin besteht, zu verhindern, daß sich Rußland als Weltmacht konsolidiert. Es entstehe eine neue, für Rußland äußerst ungünstige geopolitische Situation. Der NATO-Beitritt der ostmitteleuropäischen Staaten würde "objektiv" zur Barriere zwischen Rußland und dem Rest des europäischen Kontinents. Sollte sich der Schwerpunkt der Zusammenarbeit zwischen den baltischen Staaten und dem Westen auf den militärischen Bereich verschieben, so wäre dies eine Herausforderung Rußlands. Die Pläne der NATO, Stabilität auch auf die zentralasiatischen Staaten zu projizieren, würden in Rußland als unwillkommene Alternative zum System der kollektiven Sicherheit im Rahmen der GUS betrachtet. Ausländische direkte oder indirekte Unterstützung isolationistischer und separatistischer Kräfte in Rußland und anderen GUS-Staaten könne zu deren Sieg und in der weiteren Folge zur Stärkung autoritärer, antidemokratischer Tendenzen führen. Die Erweiterung der Zone der Verantwortung der NATO auf die ehemaligen "Unionsstaaten" der UdSSR werde von einem großen Teil der russischen Gesellschaft als "Heranrücken der Gefahr an die Grenzen der Heimat" empfunden, was zur Wiederbelebung isolationistischer Tendenzen und "Belagerungs"-Vorstellungen führen werde. Im September 1993 hatte sich Präsident Jelzin mit einem Brief gegen die NATO-Osterweiterung an einige NATO-Staaten gewandt und vor einer möglichen Isolierung Rußlands gewarnt. Seitdem zieht sich die These vom westlichen Kurs auf die Isolierung Rußlands wie ein roter Faden durch die Aussagen vieler

¹ Vgl. dazu die Diskussion in der Zeitschrift "Voprosy konomiki", 1994, Nr. 12; 1995, Nr. 1.

² A.Archipov, A.Gorodeckij, B.Michajlov, konomičeskaja bezopasnost': očenki, problemy, sposoby obespečenija, in: Voprosy konomiki, 1994, Nr. 12, S. 40.

³ A.a.O.

⁴ Služba vnešnej razvedki Rossijskoj Federacii, Perspektivy rašėirenija NATO i interesy Rossii, Moskau 1993; ders., Rossija-SNG: Nuždaetsja li v korrekčirovke pozicija Zapada?, Moskau 1994.

russischer Politiker und außenpolitischer Berater. Das Mitglied des Präsidialrates, Migranjan, beschuldigt die USA der Verdrängung Rußlands aus Europa und aus den GUS-Staaten.¹ Die eher verhaltene westliche Kritik des Krieges in Tschetschenien wird mit dem Bau einer neuen Berliner Mauer um Rußland verglichen.² Rußland als Staat sei für den Westen unerwünscht, faßt Akademie-Mitglied Aleksej Podberezkin zusammen.

Dabei ist nicht zu übersehen, daß nicht die "böswillige" Politik des Westens Rußland in die Isolation treibt, sondern russisches Insistieren auf russischem "Anderssein", auf russischer Ausschließlichkeit. Russisches Mißtrauen gegenüber dem Westen und nicht zuletzt die neuerwachte imperiale Attitüde zerstören mehr an positiven Ansätzen als es jede westliche Isolierungsstrategie vermöchte - wenn es sie denn gäbe.

Olga Alexandrova

Die Meinungen, die in den vom Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1995 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung - auch auszugsweise - nur mit Quellenangabe gestattet.

Belegexemplare erwünscht.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,

Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110

ISSN 0945-4071

¹ Andranik Migranjan, Vnešnjaja politika Rossii: Katastrofičeskie itogi trech let, in: Nezavisimaja gazeta, 10.12.1994.

² Vladimir Simonov, Novaja berlinskaja stena?, in: Novaja eždnevnaja gazeta, 18.1.1995.